



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@lra-
ed.de

Erding, 18.12.2007
Az.:

65. Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2007

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Becker, Manfred

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Lackner, Helmut

Ließ, Inge

Meister, Michaela

Mittermeier, Jakob

Reingruber, Karlheinz

Rübensaal, Siegfried

Scharf-Gerlspeck, Ulrike

Schwimmer, Jakob

Sterr, Josef

i.V.v. Rötzer Marianne

i.V.v. Schmidt Horst

bis 16.10 Uhr

bis 16.10 Uhr

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Fischer, Heinz

Wirth, Harald

Stadick, Peter

zu TOP 1 und 2

Thomas, Wolfgang
Eixenberger, Anton
Helfer, Helmut
Mayer, Elfriede

zu TOP 3
zu TOP 4
zu TOP 4
(Protokoll)



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Sozialwesen
Festsetzung der angemessenen Unterkunftskosten
Vorlage: 2007/0296
2. Hartz IV
Heizbeihilfe 2008
Vorlage: 2007/0297
3. Büchergeld
Antrag Bündnis90/GRÜNE
Vorlage: 2007/0295
4. Haushaltswesen
Haushaltsberatung 2008
Vorlage: 2007/0289
5. Initiative "Orte der Vielfalt"
6. Bekanntgaben und Anfragen
- 6.1. Internetseite des Landratsamtes

Öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 10.12.2007



LANDKREIS
ERDING

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht **Kreisrat Reingruber**, den gemeinsamen Antrag der Faktionen der CSU - Bündnis 90/Die Grünen – ÖDP und SPD zur Unterstützung der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“, in die Tagesordnung aufzunehmen.

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende schlägt vor, zu warten, ob alle Kreisausschussmitglieder anwesend sein werden, weil eine Ergänzung der Tagesordnung aufgrund der Geschäftsordnung nur dann erfolgen kann, wenn alle Ausschussmitglieder oder deren Vertreter anwesend sind. Ansonsten müsste die Behandlung des Antrages auf die nächste Sitzung verschoben werden.

*

1. **Sozialwesen** **Festsetzung der angemessenen Unterkunftskosten** **Vorlage: 2007/0296**

Der Vorsitzende bittet Herrn Stadick um Ausführung.

Herr Stadick verweist auf die an die Kreisausschussmitglieder versandte Vorlage. Er erklärt, als Tischvorlage habe er ergänzend einen erst vor kurzem veröffentlichten Bericht vom Wirtschaftsmagazin Kapital ausgeteilt. Dabei sei explizit auch der Stadtbereich Erding bezüglich der Immobilien- und Mietpreise untersucht worden. Dieser Bericht bestätigt die Beobachtungen der Mitarbeiter der ARUSO, die aufgrund der Erhebungen gemacht worden sind.

Als Anlage sei eine Tabelle der Mietobergrenzen mit versandt worden. Der Landkreis sei in fünf Mietzonen mit unterschiedlichen Quadratmetermieten eingeteilt worden, die bei der Leistungsgewährung anerkannt werden. Dabei seien nur wenige Gemeinden von einer Mietzone in eine andere verschoben worden. Die rot markierten Gemeinden (Oberding und Eitting) seien in eine höhere Mietzone und die grün markierten Gemeinden (Walpertskirchen, Isen, Buch a. Buchrain und Inning a. H) in eine niedrigere Mietzone gesetzt worden. Die Quadratmetermieten und Wohnungsgrößen seien grundsätzlich belassen worden, weil sich die Richtlinien des Sozialen Wohnungsbaus seit der letzten Festsetzung nicht geändert haben.

Nur bei den 1-Personen-Haushalten sei eine Nachbesserung vorgenommen worden. Aufgrund des mangelnden Angebotes an Wohnungen werde vorgeschlagen, 50 Cent pro Quadratmeter mehr anzuerkennen. Herr Stadick weist darauf hin, dass ein Urteil des Bundessozialgerichts die zu-grunde gelegte Systematik bei der Festsetzung der Obergrenzen bestätigt.

Kreisrätin Ließ fragt, wie viele Haushalte derzeit Unterkunftskosten beziehen.



Herr Stadick antwortet, derzeit seien ca. 1.500 Haushalte im Leistungsbezug. Der Landkreis gibt für die Unterkunftskosten einschließlich Heizkosten ca. 6,5 Mio € aus.

Kreisrätin Ließ möchte wissen, wie viele davon 1-Personen-Haushalte sind.

Herr Stadick antwortet, ca. 45 % bis 50 % seien 1-Personen-Haushalte. Die Hälfte der Bedarfsgemeinschaften sei davon im Stadtbereich Erding ansässig.

Kreisrätin Ließ denkt, dass im Bereich des Sozialen Wohnungsbaus dafür mehr getan werden sollte.

Der Vorsitzende erinnert an die 45 neu gebauten Wohnungen der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding. Es sei festzustellen, dass die Nachfrage für größere Wohnungen vorhanden sei und alle vergeben sind und eher die kleineren Wohnungen (Zwei-Zimmer Appartements) noch frei stehen.

Daraufhin bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0390-08

Ab 01.01.2008 gelten allgemeine Obergrenzen für angemessene Unterkunftskosten im Bereich SGB II und SGB XII gemäß Anlage 1.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

2. Hartz IV Heizbeihilfe 2008 Vorlage: 2007/0297

Der Vorsitzende bittet Herrn Stadick um Ausführung.

Herr Stadick weist darauf hin, diese Heizbeihilfe betrifft auch den Sozialhilfebereich (SGB XII). Ein höchst richterliches Urteil habe die bisherige, auch weit verbreitete Praxis gekippt. Seit Inkrafttreten des SGB II und SGB XII zum Jahresanfang 2005 werden die Heizbeihilfen nicht so wie früher in der Sozialhilfe einmal pro Jahr, sondern in monatlichen Beträgen ausbezahlt. Die Leistungsbezieher sollen sich so monatlich Beträge ansparen und dann Heizmaterial kaufen, wenn es vom Marktpreis her günstig sei. Das Bundessozialgericht habe jedoch festgestellt, wenn ein Leistungsempfänger sich von diesen monatlichen Beträgen nichts anspart, der Bedarf trotzdem gedeckt werden müsse und dann doppelte Kosten anfallen.

Es wird deshalb vorgeschlagen, die bisherige Vorgehensweise umzustellen. Ab Oktober dieses Jahres werden bei Neubewilligungen die monatlichen Heizbeihilfen nicht mehr bezahlt. Die Heizbeihilfe werde auf Antrag ausgezahlt. Herr Stadick schlägt vor, die Heizbeihilfesätze unverändert zu lassen. Eine Umfrage bei den umliegenden Landkreisen hat ergeben, dass auch der Landkreis Freising diese unverändert lassen wird. Der Landkreis Ebersberg habe umgestellt und hat keine Heizbeihilfesätze mehr, sondern zahlt die Heizbeihilfe je nach Bedarf.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Herr Stadick schlägt vor, ähnlich wie früher in der Sozialhilfe, am Anfang der Heizperiode oder auf Antrag die Heizbeihilfe auszuzahlen und dafür einen Heizbeihilfesatz zugrunde zu legen. Ein eventueller Mehrbedarf sei dann zu prüfen, der sich dann an den Marktpreisen orientieren wird.

Die Verwaltung habe mit der monatlichen Zahlung der Heizbeihilfesätze versucht, die Leistungsbezieher in die eigene Verantwortung zu bringen, wie es die Hartz IV-Gesetzgebung vorgesehen hat. Jedoch teilt das Bundessozialgericht diese Meinung nicht. Um Doppelzahlungen des Landkreises zu vermeiden, sollte entsprechend dem Beschlussvorschlag verfahren werden.

Nachdem sich keine Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0391-08

Der Verwaltungspraxis in der ARUSO aber auch im SG 21 - Amt für Behinderte, Senioren und Soziales - entsprechend den im Vorlagebericht ausgeführten Überlegungen mit Wirkung zum 01.10.2007 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**
(ohne KR Sterr)

3. Büchergeld **Antrag Bündnis90/GRÜNE** **Vorlage: 2007/0295**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, die eingestellten und erwarteten Einnahmen für das Büchergeld in Höhe von rd. 280.000 € werden nicht kommen, weil sich der Landkreis dazu entschlossen hat, auf das Büchergeld zu verzichten.

Er denkt, eine weitere Petition einzureichen wäre nicht ziel führend, weil der Bayer. Landtag bereits eine Entscheidung getroffen habe.

Kreisrat Reingruber denkt, auch wenn die Aussicht auf Erfolg möglicherweise gering sei, sollte der Landkreis die Chance wahrnehmen, die Gelder, die dem Landkreis fehlen, wieder zu bekommen.

Kreisrat Reingruber verweist auf einen Fehler im Vorlagebericht, Seite 2, 5. Zeile. Es muss richtig heißen: „Der entsprechende Betrag für das Schuljahr 2005 betrug 95.000 €“ (nicht 81.287 €).

Kreisrat Schwimmer merkt an, Kreisrat Reingruber hätte demnach dem Beschluss des Landkreises, das Büchergeld abzuschaffen, nicht zustimmen dürfen. Er denkt, eine Petition sei ein Nachtarock, der zwecklos sei und im Endeffekt dem Landkreis nichts bringen wird.

Der Vorsitzende merkt an, diese Petition gilt mit der Erklärung der Staatsregierung als erledigt. Eine erneute Petition wird nichts ändern, weil die gesetzliche Grundlage nicht gegeben sei. Die Förderung, die der Freistaat bisher gewährt habe, wird weiterhin gewährt. Der Landkreis habe freiwillig auf die Erhebung des Büchergeldes durch die Eltern verzichtet.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Von daher gesehen fühlt sich der Freistaat nicht in der Verantwortung. Dies werde auch in einem Schreiben des Kultusministers an die Landkreise zum Ausdruck gebracht: „Eine Finanzierung der Einnahmeausfälle durch den Freistaat bei einem Verzicht auf die Büchergelderhebung habe ich zu keinem Zeitpunkt in Aussicht gestellt, noch wurde sie von den Kommunalen Spitzenverbänden gefordert. Sollte eine Kommune die Beiträge des Büchergeldes hingegen benötigen, um eine ordnungsgemäße Schulbuchausstattung sicherstellen zu können, so steht es ihr selbstverständlich frei, das Büchergeld zu erheben. Von den Kommunalen Spitzenverbänden wurde klar geäußert, dass ihnen bewusst sei, dass das Risiko der Schulbuchfinanzierung für dieses Schuljahr die Kommunen zu tragen haben.“

Der Vorsitzende fragt, wer den Antrag von Kreisrat Reingruber befürwortet.

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 10 : 3 Stimmen.**
(KRin Ließ, KRin Meister und KR Reingruber)

Daraufhin fasst der Kreisausschuss folgenden Beschluss:

KA/0392-08

Der Landkreis Erding hat in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Kultur am 15.10.2007 einstimmig beschlossen, sobald die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, von dem dann möglichen Ermessen auf die Erhebung des Büchergeldes zu verzichten, Gebrauch zu machen.

Der Antrag wird abgelehnt, da der Landkreis Erding zugunsten der betroffenen Eltern freiwillig auf die Erhebung des Büchergeldes für das Schuljahr 2007/2008 verzichtet.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 3 Stimmen.**
(KRin Ließ, KRin Meister, KR Reingruber)

4. Haushaltswesen **Haushaltsberatung 2008** **Vorlage: 2007/0289**

Der Vorsitzende merkt an, es sei ein Antrag vorgelegt worden, der im Laufe der Haushaltsdebatte noch zur Sprache kommen wird.

Er führt aus:

„Bereits im Vorfeld habe ich mit den Fraktionsvorsitzenden in drei Gesprächsrunden den Haushaltsentwurf diskutiert.“

Der vorgelegte Haushaltsentwurf hat ein Haushaltsvolumen von 93.144.000 Mio €. Das Haushaltsvolumen des Vermögenshaushaltes beträgt 12.697.000 Mio €. Beide zusammengerechnet ergibt eine Summe vom 105.841.000 Mio €.

Das Volumen des Verwaltungshaushaltes steigt damit gegenüber dem Vorjahr um 3.662.000 Mio €, also 4,1 %.

Mehreinnahmen ergeben sich überwiegend durch die Kreisumlage. Mit 49,5 %-Punkten seien dies 3.150.613 Mio € aufgrund des Anstieges der



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Umlagekraft um 9,88 %. Das bedeutet, dass die Städte, Märkte und Gemeinden deutlich mehr an Steueraufkommen auch einnehmen konnten und damit, mit Zeitverzögerung, auch der Landkreis davon profitiert, obwohl die Kreisumlage im vorliegenden Haushaltsentwurf um 1,3 %-Punkte gesenkt wurde.

Von 2006 auf 2007 wurde bereits eine Senkung um 0,6 %-Punkte vorgenommen. Jetzt soll eine weitere Senkung um 1,3 %-Punkte erfolgen. Das bedeutet eine Umlagekraft 2008 von 96.369.591 Mio € 2007 waren es 87.701.445 Mio €.

Für die Integrierte Leitstelle bekommt der Landkreis eine Erstattung der Verwaltungsleistungen von 267.300 €. Die Schlüsselzuweisungen wurden, trotz steigender Umlagekraft in der gleichen Höhe wie im Vorjahr mit 9.568.760 Mio € veranschlagt.

Weniger Einnahmen hat der Landkreis durch den Wegfall des Büchergeldes mit 280.000 €, das nicht erhoben wird.

Der Ansatz für Grunderwerbsteuer verringert sich um 280.000 € (2007: 1.780.000 Mio €, 2008 1.500.000 Mio €).

Mehrausgaben gibt es bei den Personalkosten, die im Bereich des Landratsamtes und der Landkreisverwaltung um 506.810 €, 3,48 % steigen. Darin sind eine 3 %ige tarifliche Erhöhung und eine Erhöhung des Leistungsentgelts um 72.000 € berücksichtigt.

Außerdem steigen die Personalkosten für die Integrierte Leitstelle (neue Landkreisaufgabe) um 265.010 €. 2007 waren die Personalkosten für die Integrierte Leitstelle nur für 9 Monate veranschlagt. Die Gesamtpersonalkosten belaufen sich mit der Integrierten Leitstelle auf 15.346.650 Mio €.

Der größte Steigerungsanteil liegt im Bereich der Jugendhilfe. Ohne Personalkosten und Sachkosten bedeutet dies ein Plus von 570.624 €. Darin enthalten seien 410.000 € für die Heimerziehung und 132.000 € für die Förderung in Tageseinrichtungen.

Der Bereich Sozialhilfe steigt ohne Grundsicherung ohne Personal- und Sachkosten um 115.680 €. Darin enthalten seien 85.000 € für die Erstattung an die Krankenkassen für die Krankenbehandlung.

Die Grundsicherung steigt ohne Personal und Sachkosten um 107.500 €.

Die Bezirksumlage steigt bei 19,8 % aufgrund der Steigerung der Umlagekraft um 1.716.293 Mio €.

Weniger Ausgaben hat der Landkreis im Bauunterhalt mit 464.800 €. Die Anforderungen für den Bauunterhalt der kreiseigenen Gebäude und Schulen lagen 2008 insgesamt bei 2.894.750 Mio €. Für 2008 ist geplant, insgesamt Maßnahmen mit Kosten von 1.406.200 Mio € durchzuführen. Ein Teil dieser Maßnahmen i.H.v. 600.000 € wird durch die Kassenausgabereiste finanziert. Die restlichen Maßnahmen i.H.v. 806.200 € belasten den Haushalt 2008. 2007 waren im Haushalt für den



Bauunterhalt deutlich weniger, 1.271.000 Mio € veranschlagt, also knapp 10 % weniger als 2008.

Im vorgelegten Haushaltsentwurf wurde die Zuführung zum Vermögenshaushalt gegenüber dem Vorjahr um 534.000 € auf 4.034.000 Mio € erhöht. Durch diese Zuführung ist es möglich, ohne neue Kreditaufnahme die Schulbaumaßnahmen, Straßenbaumaßnahmen und die sonstigen Ausgaben des gesamten Vermögenshaushalts (12.697.000 Mio €) zu finanzieren.“

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass sich in den letzten Tagen noch einiges zusätzlich ergeben habe.

Weiter erklärt er: „Insgesamt wendet der Landkreis für den schulischen Bereich brutto 9.839.535 Mio € auf. Der Zuschussbedarf fällt um 135.754 € auf 6.322.395 Mio €. Dazu trägt hauptsächlich bei, dass sich die Kosten für den Bauunterhalt für die Schulen um 397.300 € gegenüber dem Vorjahr verringern. Von den 2008 geplanten Maßnahmen mit Kosten von 1.189.000 Mio € werden 569.500 € durch Kassenausgabereste finanziert. Im Jahr 2007 musste der Bauunterhalt für die Schulen in Höhe von 1.016.800 Mio € aus dem Haushalt finanziert werden.

Für die Schülerbeförderung hat der Landkreis 2008 voraussichtlich brutto 2.835.000 Mio € zu zahlen. Die vom Staat gewährte Zuweisung für die Schülerbeförderung wurde mit 1.870.000 Mio € veranschlagt.

Bei den Einnahmen und Ausgaben für die Gastschulbeiträge ergibt sich im Saldo eine Verbesserung für den Landkreis gegenüber dem Vorjahr um 19.150 €. Die Belastung für die Gastschulbeiträge 2008 beträgt 521.500 €.

Der Zuschussbedarf für die „Soziale Sicherung“, Einzelplan 4, steigt um 962.764 € auf insgesamt 17.191.587 Mio € (Jugendhilfe 8.346.939 Mio €, Sozialhilfe ohne Grundsicherung 2.484.468 Mio €, Grundsicherung 1.080.500 Mio €, SGB II Hartz IV 4.914.500 Mio € und Wohngeld 365.180 €).

Die Steigerungsraten des Zuschussbedarfs ohne die Verwaltungs- und Sachkosten sind: Jugendhilfe 570.624 €, Sozialhilfe ohne Grundsicherung 115.680 €, Grundsicherung 107.500 € und SGB II Hartz IV 2.570 €.

Aufgrund der neu vorliegenden Informationen wird der Bundeszuschuss für die Unterkunft und Heizung von 31,2 % auf 28,6 % gesenkt. Dies bedeutet, dass der Landkreis um 173.000 € weniger an Erstattung erwarten kann und dadurch der Zuschussbedarf 2008 bei Hartz IV um 175.570 € steigt.

Für die Leistungen aus Hartz IV, Unterkunft und Heizung, wurden 2008 6.800.000 Mio € veranschlagt. Dies entspricht gerundet 1.587 Bedarfsgemeinschaften mit durchschnittlich 357 € monatlich.

2007 wurden für die Unterkunft und Heizung der Hartz IV-Empfänger 6.500.000 Mio € eingeplant.

Einzelplan 6 – Bau- und Straßenwesen

Für den Unterhalt der 259 km Kreisstraßen wendet der Landkreis 2.042.420 Mio € auf. Der Zuschussbedarf beträgt 1.591.660 Mio €. Der Zuschussbedarf

fällt gegenüber dem Vorjahr um 91.170 €, vor allem durch den 2008 erwarteten geringeren Aufwand für den Winterdienst.



Einzelplan 7 - Abfallwirtschaft

Der Haushalt kann im Bereich der Abfallwirtschaft 2008 mit 10.248.660 Mio € ausgeglichen werden. Die derzeitigen Gebühren sind für die Jahre 2008 bis 2010 kalkuliert. Die Bürger haben die neuen Abfallgebührenbescheide mit einem gesunkenen Beitrag erhalten.

LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Für den ÖPNV ergibt sich eine Belastung des Landkreises von 1.497.190 Mio €. Der Zuschussbedarf fällt gegenüber dem Vorjahr um 123.740 €, weil der Betriebskostenzuschuss für den MVV im Jahr 2007 mit 2.600.000 Mio € verschlagt wurde und 2008 laut dem vorläufigen Finanzplan des MVV der Betriebskostenzuschuss 2.400.000 Mio € beträgt. Der Landkreis hat weniger an den MVV zu zahlen, weil durch die positiven Zählergebnisse sich die Zuschüsse erhöhen und dadurch von Seiten des Landkreises weniger Zuschuss gezahlt werden muss. Das bedeutet, dass die Bürger vermehrt das Angebot annehmen.

Der Einzelplan 9 umfasst die wichtigsten Einnahmen des Landkreises. Die größten Einnahmeposten sind die Kreisumlage mit 47.702.947 Mio € (49,5 %) und die Schlüsselzuweisungen mit 9.568.760 Mio €.

Das Kostenaufkommen (Gebühren und Auslagenersatz) ist 2008 mit 3.195.000 Mio € veranschlagt. Im Vorjahr wurde eine Haushaltsansatz von 3.080.000 Mio € gebildet. In diesen Beträgen ist die Erstattung von Auslagen, z.B. im Baugenehmigungsverfahren i.H.v. 620.000 € enthalten. Es wird erwartet, dass die Gebühreneinnahmen gegenüber dem Vorjahr um 115.000 € steigen (verschiedene oberirdische Bauwerke am Flughafen - nicht zu verwechseln mit dem Bau der 3. Start- und Landebahn).

Die Einnahmen aus dem Anteil der Grunderwerbsteuer wurden 2008 i.H.v. 1.500.000 Mio € veranschlagt (Ansatz im Vorjahr 1.780.000 Mio €).

Auf der Ausgabenseite steht im vorgelegten Haushaltsentwurf im Einzelplan 9 die Bezirksumlage mit 19,8 %, mit 19.081.179 Mio €.

Zur aktuellen Änderung der Bezirksumlage, Kreisumlage und Zuführung merkt der Vorsitzende an: „Am 05.12.2007 hat der Bezirksausschuss dem Bezirkstag empfohlen, die Bezirksumlage um 1 % zu senken. Der Bezirkstag entscheidet am 13.12.2007, also vor der Kreistagssitzung, über den Haushalt des Bezirks.“

Der Vorsitzende merkt an, in den Vorgesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden sei vereinbart worden, dass eventuelle Kosten und Einnahmen - Chancen und Risiken - geteilt werden.

Wenn der Bezirk, wie angekündigt, die Bezirksumlage senken sollte, bedeutet dies, dass die Kreisumlage nochmals um 0,5 % auf 49 %-Punkte gesenkt werden kann. Die ergänzenden Blätter lässt der Vorsitzende dazu an die Kreisausschussmitglieder verteilen.

Der Vorsitzende schlägt vor, wie in den Gesprächen mit den Fraktionsvorsitzenden vereinbart worden ist, die Kreisumlage auf 49 %-



Punkte zu senken und die zweite Hälfte des Betrages, gerundet 482.000 € im Jahr 2008 für eine außerordentliche Tilgung von Krediten zu verwenden.

Durch diese Änderung beträgt dann die Kreisumlage mit 49 %-Punkten 47.221.099 Mio €, die Bezirksumlage mit 18,8 % 18.117.483 Mio €. Die Zuführung an den Vermögenshaushalt wäre dann nicht 4.034.000 Mio €, sondern 4.516.000 Mio €. Die neue Haushaltssumme des Verwaltungshaushaltes in Einnahmen und Ausgaben ergibt dann 92.662.000 Mio €.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Wie bereits erwähnt, wird die höhere Zuführung an den Vermögenshaushalt mit 482.000 € zur außerordentlichen Tilgung von Krediten verwendet. Dadurch ist es möglich, im Haushaltsjahr 2008 mit den bereits veranschlagten ordentlichen Tilgungen von 1.316.250 Mio € insgesamt Kredite in Höhe von 1.798.250 Mio € zu tilgen.

Wie bereits anfangs erwähnt sind 2008 keine neuen Kreditaufnahmen erforderlich. Der Schuldenstand verringert sich von 38.852.301 Mio € auf 37.054.051 Mio € Ende 2008.

Der Vermögenshaushalt umfasst 2008 12.697.000 Mio €. Die größten Investitionen sind die Integrierte Leitstelle (Gesamtkosten 2.851.000 €, Kosten 2008 2.074.420 Mio €), die Erweiterung der Realschule Erding (1.100.000 Mio €), der Neubau FOS/BOS (Kosten 2008 900.000 € Planungskosten und die Restlichen Grunderwerbskosten von 630.000 €), die Kreisstraßen (netto unter Berücksichtigung der Zuschüsse 1.434.915 Mio €) und der Bau eines Recyclinghofes in Erding (350.000 €). Für Grunderwerbskosten wurde pauschal ein Betrag von 500.000 € im Vermögenshaushalt 2008 veranschlagt.

Die Finanzplanung für die künftigen Jahre 2009 bis 2011 ist natürlich mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.

Folgende Ausschüsse haben entsprechend ihrer Zuständigkeit den Haushaltsentwurf in der vorliegenden Form und den dazu erwähnten Änderungen zugestimmt:

19.11.2007 Bauausschuss – einstimmig

26.11.2007 Ausschuss für Kultur und Umwelt – einstimmig

27.11.2007 Jugendhilfeausschuss

Zustimmung Einzelplan 4, Jugendhilfe – einstimmig

Empfehlung, den freien Trägern einen angemessenen Zuschuss zu gewähren – einstimmig

03.12.2007 Strukturausschuss - Annahme mit 11 : 1 Stimmen.

Nur der Strukturausschuss hat eine Änderung des Haushaltsentwurfs beschlossen. Die empfohlene Änderung ist der Ausbau der Kreisstraße ED 9 zwischen Oberding und Niederding mit dem Ausbau der Ortsdurchfahrten. Aufgrund der von der Gemeinde angebotenen Vorfinanzierung soll diese Maßnahme 2008 vorgezogen werden (Baukosten 315.000 €, erwarteter Zuschuss 160.000 €, Vorfinanzierung der Gemeinde 155.000 €).



LANDKREIS
E R D I N G

Büro des Landrats
BL

Der Vermögenshaushalt verändert sich aufgrund der möglichen höheren Zuführung aus dem Verwaltungshaushalt durch die Bezirksamlagensenkung und gleichzeitigen außerordentlichen Tilgung von Krediten in Einnahmen und Ausgaben auf 13.494.000 Mio €

Mit der Beschlusslage wurde eine Übersicht über die veranschlagten freiwilligen Leistungen und die entsprechenden Anträge übersandt.

Es sei grundsätzlich beschlossen worden, die freiwilligen Leistungen in gleicher Höhe wie im Vorjahr zu gewähren. Allerdings sei beim Kreisjugendring aufgrund der gegebenen Zusagen, dass die Rücklagen aufgebraucht werden, ein Zuschuss in Höhe von 12.000 € zu gewähren.“

Der Vorsitzende bedankt sich insbesondere bei den Fraktionsvorsitzenden für die konstruktiven Gespräche in den drei Besprechungen. Er weiß, dass in den einzelnen Fraktionen es manchmal negativ angemerkt wird, dass die Fraktionsvorsitzenden vieles schon im Voraus besprechen. Es steht jedoch den Fraktionsvorsitzenden frei, ihre Mitglieder entsprechend zu informieren.

Er bittet, diesem Haushaltentwurf zuzustimmen.

Kreisrat Rübensaal merkt an, aufgrund neuer Informationen werde der Bundeszuschuss für Unterkunft und Heizung bei Hartz IV von bisher 31,2 % auf 28,6 % gesenkt.

Der Vorsitzende erklärt, dies sei bereits in Abstimmung mit den Ländern beschlossen worden. Diese Senkung bedeutet für den Landkreis 173.000 € weniger Erstattung. Der Vorsitzende weist darauf hin, dass diese 173.000 € in dem vorgelegten Haushaltsentwurf noch nicht eingeplant worden sind. Weiter seien 45.000 € bei den Ausgaben für die psychosoziale Betreuung von Hartz IV-Empfängern nicht eingeplant, die noch als zusätzliche Aufgabe vom Landkreis übernommen werden müsse.

In der Zwischenzeit habe sich noch eine Senkung des Beitrages an die Kreismusikschule mit 12.954 € und eine Reduzierung bei der Krankenhausumlage von 159.910 € ergeben.

Auch bei den km-Pauschalen bei den Kreisstraßen stellt der Freistaat zusätzliche Mittel i.H.v. 49.090 € zur Verfügung. All diese Dinge seien im vorliegenden Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt. Die Ausgaben und Einsparungen seien nahezu identisch, so dass sich fast ein Abgleich ergibt.

Kreisrat Rübensaal erklärt, die FW-Fraktion stellt seit mehr als 10 Jahren fest, dass durch Dritte immer mehr Aufgaben auf den Landkreis zukommen (Bildungseinrichtungen, Grundsicherung, Hartz IV, Infrastrukturverbesserungen, usw.).

Er erinnert, 2003/2004 war der katastrophale Einbruch bis zu 40 % der Zuwendungen bei den Gemeinden. Die Gemeinde Lengdorf habe jedes Jahr versucht, einen Spagat zu machen. Er stellt fest, wenn die Zahlen



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

bereinigt sind, sei erst wieder das Niveau von 2003 erreicht. Ein ehrlicher Zuwachs sei noch nicht vorhanden. Mit den Fraktionsvorsitzenden sei besprochen worden, wenn es eine Senkung der Bezirksumlage gibt, dass diese auch zur Hälfte an die Gemeinden weitergegeben wird.

Er denkt, bei Abwägung der Vor- und Nachteile werde die FW-Fraktion dem Haushalt zustimmen.

Kreisrat Reingruber geht davon aus, dass die Haushaltsreden im Kreistag stattfinden werden.

Zum Einzelplan 2, Schulen, Seite 124, stellt Kreisrat Reingruber fest, dass der Abgleich zeigt, dass das Büchergeld für den Landkreis in der Endsumme 19.480 € an Ausgaben bedeutet.

Herr Eixenberger erklärt, der größte Teil der 19.480 € seien der Anteil des Landkreises für die Beschaffung von Büchern mit dem 2 €-Anteil.

Der Vorsitzende ergänzt, dieser Betrag (2 €-Anteil des Landkreises) sei bisher zusätzlich zum Büchergeld bezahlt und den Schulen zur Verfügung gestellt worden. 2006 habe es kein Rechnungsergebnis gegeben. Dieser Unterabschnitt sei erst 2007 eingerichtet worden.

Kreisrat Reingruber merkt an, die Einnahmen beim Büchergeld seien richtigerweise bei allen landkreiseigenen Schulen jetzt auf „0“ gesetzt worden (Gr.Nr. 8691 „Zuführung zum Vermögenshaushalt für die Sonderrücklage, Büchergeld“). Er fragt, ob 2008 der Ansatz nicht höher veranschlagt werden sollte, weil der Freistaat Bayern eigentlich dafür Mittel zur Verfügung stellen müsste. Ihm fehlen hier 50.000 € auf der Einnahmenseite.

Der Vorsitzende erklärt, der 2 €-Anteil des Landkreises und der 4 €-Anteil vom Freistaat (insgesamt 36.000 €) werden verteilt auf die einzelnen Schulen, jeweils bei Gr.Nr. 1690 „Innere Verrechnungen ...Lkrs. Büchergeld“ und Gr.Nr. 1718 „Zuweisungen für lfd. Zwecke Lernmittelfreiheit“ veranschlagt, weil sich das jetzt begonnene Schuljahr zum großen Teil im nächsten Haushaltsjahr auswirkt. Der Restanteil der Monate September, Oktober, November und Dezember sei 2007 verrechnet worden.

Kreisrat Reingruber stellt fest, dass eher vorsichtig bei den Einnahmen und großzügiger bei den Ausgaben gerechnet wird. Das schlage sich aber auf die Höhe der Kreisumlage nieder.

Der Vorsitzende denkt, das kann möglicherweise in dem Bereich so sein. Das Ganze sei vorsichtig bei den Einnahmen wie auch bei den Ausgaben gerechnet worden.

Kreisrat Reingruber verweist im Einzelplan 2, Seite 124, 1. Zeile, auf die Summe, die das Büchergeld für den Landkreis gebracht hat. Auf der Ausgabenseite sei nachzuvollziehen, was an Rücklage zur Verfügung steht. Ihn verwundert jedoch, dass die Berufsschule (Seite 145, Gr.Nr. 1718 und Gr.Nr. 1740) rd. 20.000 € an Büchergeld einnimmt und rd.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

35.000 € der Rücklage zuführt (Seite 147). Er bittet um Erklärung, warum diese Summe höher geworden sei.

Herr Eixenberger antwortet, diese Zuführung bei Gr.Nr. 8691 „Zuführung z. Vermögenshaushalt für die Sonderrücklage Büchergeld“, Seite 147, sei der Rücklagenstand 2006. 2006 seien von der Berufsschule nicht viele Bücher angeschafft worden.

Der Vorsitzende ergänzt, 2008 sei weniger eingeplant, weil immer das vorgehende Jahr zu beurteilen sei. 2007 habe der Landkreis auf die Einnahme des Büchergeldes verzichtet. Im derzeit laufenden Jahr sei eine deutlich höhere Summe von 154.660 € (Seite 146, Gr.Nr. 5770 „Staatl. geförderte Lernmittel...“) eingeplant, weil größere Anschaffungen notwendig sind.

Kreisrat Reingruber merkt an, weder im Vorbericht noch im Haushaltsentwurf findet er keinen Zuführungsposten. Es müssen durch diese Sonderrücklage Gelder in den Haushalt einfließen. Ein Vergleich sei ihm nicht möglich.

Der Vorsitzende weist darauf hin, das Jahr 2007 sei nicht Bestandteil für den Vorbericht des Haushaltsentwurfs 2008. Der Vorsitzende sichert zu, ihm diese Aufstellung zukommen zu lassen.

Herr Eixenberger merkt an, diese Rücklagen seien im Haushalt 2008 nicht mehr aufgeführt, weil sie 2007 verbraucht werden.

Kreisrat Reingruber stellt fest, im Bereich Abfall, Seite 49 (im grünen Teil des Haushaltsentwurfs) seien die Summen der Zuführung für die Nachsorge ausgewiesen und auf Seite 50 steht 2008 eine Summe von 313.000 € Zuführung für die Gebührenschwankungen. Er fragt, ob diese 313.000 € ein Übertragungsfehler sei, weil im Haushaltsposten die Summe mit 275.420 € (Seite 571) ausgewiesen sei. Zudem sei auf Seite 49 (im grünen Teil des Haushaltsentwurfs) für 2008 die Zuführung mit 318.000 € veranschlagt und auf Seite 571 (Einzelplan 7, Unterabschnitt 7201, Gr.Nr. 9123) eine Summe von 360.000 € ausgewiesen. Er bittet, die Differenz zu erklären.

Herr Eixenberger antwortet, im Haushalt seien auf Seite 571 die gesamten Zinseinnahmen für die Rücklagen in einer Position im Einzelplan 7, Unterabschnitt 7201 „Entsorgungswirtschaft“ bei Gr.Nr. 9130 „Zuführungen für Sonderrücklagen zum Ausgleich von Gebührenschwankungen“ mit 275.420 € veranschlagt. Es werden für 2007 und 2008 im grünen Teil (Seite 49) die entsprechenden Zinsen dazu gebucht. Diese Übersicht im Vorbericht zeigt, wie viel wirklich der Rücklage einschließlich Zinsen zugeführt wird.

Kreisrat Reingruber fragt, ob sich das nicht übersichtlicher darstellen lasse.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass in früheren Zeiten die Zinsen nicht so zugerechnet und aufgeführt worden sind. In der Zwischenzeit werden diese Zinsen zu Recht entsprechend zugeordnet und dürfen nicht



allgemein vereinnahmt werden. Die Zinsen seien richtig berechnet, nur nicht projektbezogen aufgelistet. Nachdem dies schon ein wenig zur Verwirrung beitragen kann, sollte das Ganze anschaulicher dargestellt werden.

Kreisrat Becker denkt, es sei ausreichend, wenn auf Seite 49 eine Fußnote angebracht wird: „einschließlich Zinsen“.

Kreisrat Reingruber erklärt, die Senkung der Kreisumlage sei für ihn noch nicht ausreichend genug. Er kann dem nicht zustimmen, weil in den letzten Jahren doch relativ viel von den Gemeinden verlangt worden sei und dann, wenn die Bezirksumlage gesenkt wird, diese nur zur Hälfte an die Gemeinden weiter gegeben wird.

Er denkt, dass die Zuführung zum Vermögenshaushalt möglicherweise den Ansatz im Haushalt noch übersteigen wird. Von daher sei er der Meinung, dass die Kreisumlage noch weiter gesenkt werden könnte.

Der Vorsitzende stimmt dem zu, dass sich die Kreisumlage in den letzten Jahren erhöht habe. Er weist aber darauf hin, dass auf den Landkreis zusätzliche Aufgaben zugekommen sind und die Mehrungen im Haushalt nahezu ausschließlich aus den Bereichen Jugendhilfe und Sozialhilfe kommen. Es habe deshalb im Bereich Jugendhilfe zusätzlich Personal zur Verfügung gestellt werden müssen. Auch durch den Bau der Integrierten Leitstelle ergibt sich eine ganz neue Situation. Ansonsten habe es keine Personalmehrung gegeben, eher eine Reduzierung.

Er erinnert, der Landkreis habe in den letzten Jahren viele Investitionen getätigt. Das bedeutet auch, dass so in den nächsten Jahren nicht weiter verfahren werden kann, weil die Belastungen für die Investitionen auf die nächste Generation verschoben werden.

Er stellt fest, eine Sondertilgung sei eine gute Möglichkeit, auch den Gemeinden langfristig über die Zinsen einen nicht unerheblichen Anteil bei der Kreisumlage zu ersparen.

Er stimmt dem zu, dass 2003 ein schwieriges Jahr zu bewältigen war. Er verweist auf Seite 27 im Vorbericht „Entwicklung der Umlagekraft im Landkreis Erding, in Oberbayern und in Bayern“. Es sei positiv, 2003 einen Rückgang um 2,44 % gegenüber 2002 festzustellen. Jedoch zeigt sich ein sehr deutlicher Anstieg bis 2008. Eine Steigerung der Umlagekraft von 2003 von 76.438.152 Mio € bis 2008 auf 96.369.591 Mio € brauche nicht näher erläutert werden.

Der Vorsitzende fragt, nachdem Kreisrat Rübensaal wegen eines anderen Termins vorzeitig die Sitzung verlassen muss und laut Geschäftsordnung für die Aufnahme des Tagesordnungspunktes die Anwesenheit aller Kreis Ausschussmitglieder erforderlich sei, ob Einverständnis besteht, den eingangs erwähnten Antrag der Fraktionen der CSU, Bündnis 90/Die Grünen, ÖDP und SPD zur bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ zu behandeln.



Damit besteht allgemein Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 13 : 0 Stimmen.**

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Rübensaal merkt an, die FW-Fraktion habe sich dem Antrag nicht angeschlossen, weil die FW-Fraktion der Meinung sei, dass die Formulierung in der dritten Zeile heißen muss: „ ... gegen jede Form von Rechts- und Linksextremismus“. Er merkt an, der Linksextremismus sei genauso gefährlich wie der Rechtsextremismus. Wenn die Formulierung so abgeändert würde, würde auch die FW-Fraktion dem zustimmen.

Der Vorsitzende sagt, die Formulierung kann so gewählt werden, doch die Initiative habe das im speziellen nicht im Focus. Die Beratung dazu werde im nächsten Tagesordnungspunkt erfolgen.

Kreisrat Rübensaal verlässt die Sitzung.

Kreisrätin Ließ stellt fest, der Vorsitzende habe bei den freiwilligen Leistungen den Kreisjugendring besonders hervorgehoben. Sie freut sich, dass der Kreisjugendring 12.000 € mehr an freiwilligen Leistungen bekommen wird. Sie möchte aber kritisch anmerken, dass der Kreisjugendring nicht nur seine Rücklagen aufgebraucht habe, sondern auch das Leistungsangebot reduziert worden sei, die Geschäftsführerin ihre Stunden reduziert habe, usw. Zudem seien über 200 Überstunden bei den Mitarbeitern des Kreisjugendrings aufgelaufen. Gleichzeitig seien auch die Teilnehmergebühren erhöht worden, die im Besonderen die Jugendlichen trifft.

Sie fragt, nachdem sie gehört hat, dass der Kreisjugendring einen Zeltplatz bauen möchte, ob der Landkreis beabsichtigt, das Ganze finanziell zu unterstützen.

Der Vorsitzende antwortet, nach Auskunft der Stadt Erding wird der Zeltplatz am Kronthaler Weiher 2008 noch nicht verwirklicht. Das betroffene Grundstück könnte frühestens 2009 erworben werden.

Der Vorsitzende legt Wert darauf festzustellen, dass im letzten Jahr, in dem die Haushaltsmittel knapp waren, der Pauschalzuschuss für die Geschäftsstelle des Kreisjugendrings einschließlich für die Freizeitmaßnahmen gewährt worden sei. Es sei dabei mehr Geld zur Verfügung gestellt worden, als letztendlich an Aktivitäten stattgefunden haben. Er denkt, es sei wichtig, dass mit den zur Verfügung gestellten Zuschüssen Maßnahmen für die Jugendarbeit durchgeführt werden und nicht nur ein Verein einen Zuschuss bekommt.

Weiter merkt er an, für die aufgelaufenen Überstunden sei allein der Kreisjugendring und nicht der Landkreis zuständig. Die zusätzlichen Finanzmittel seien eine gute Grundlage, künftig den Aufgaben nachzukommen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Becker versteht die Diskussion nicht, der Kreisjugendring bekommt das, was beantragt worden ist. In der Fraktion seien diese Probleme besprochen worden. Darum sei das heute eine „Fensterdiskussion“.

Weiter merkt er an, eine Senkung der Kreisumlage sei immer wünschenswert. Wenn gesagt wird, der Landkreis habe sich in der Vergangenheit auf Kosten der Gemeinden finanziert, bittet er, dabei einiges zu beachten.

2004 habe der Landkreis im Bereich der Sozialhilfe Ausgaben von ca. 5 Mio gehabt, nach Einführung von Hartz IV ergeben sich nun Ausgaben von rd. 7,4 Mio €. Es seien durch diese neuen Entscheidungen des Bundes in der Zeit 2,4 Mio €, plus 1 Mio € für die Grundsicherung, an Mehrausgaben auf den Landkreis zugekommen. Er denkt, wenn der Landkreis 2008 12 Mio € investiert und keine Kredite aufnehmen muss, sei es legitim, die Hälfte der Bezirksumlage zu nehmen, um Schulden zurückzuzahlen. Dazu gebe es natürlich unterschiedliche Auffassungen. Es seien aber auch einige Bürgermeister im Kreistag, die diese Entscheidungen mittragen. Im nächsten Jahr wird die Situation wieder eine ganz andere sein.

Er betont, ohne die erneute Senkung der Kreisumlage mit 0,5 %-Punkten würde der Landkreis gegenüber dem Vorjahr 3 Mio € mehr einnehmen. Bemerkenswerterweise kommen allein aus einer Flughafengemeinde ca. 2,8 Mio € der gesamten Kreisumlage.

Im Weiteren weist **Kreisrätin Ließ** darauf hin, dass sie einen Antrag auf Bezuschussung des Hausaufgabenvereins Erding e.V. gestellt habe.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag sei nicht fristgerecht eingegangen und habe deshalb nicht behandelt werden können. Jedoch können auch im Rahmen der Haushaltberatungen entsprechende Anträge gestellt werden.

Kreisrätin Ließ verliest ihren Antrag:

„Sehr geehrter Herr Landrat, für die SPD-Kreistagsfraktion darf ich Sie bitten, den folgenden Antrag noch in der kommenden Sitzung des Kreisausschusses am 10.12. sowie in der nächsten Sitzung des Kreistages am 17.12.2007 behandeln zu lassen.

Das Gremium möge beschließen: Die 4.000 Euro, die der „Hausaufgabenverein Erding e.V.“ beantragt hat, werden im Haushalt 2008 bereitgestellt. Die Mittel werden im Haushaltsplan 2 als freiwillige Leistung bereitgestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, die Finanzierung zu ermöglichen.

Begründung: Jeder, der Kinder aufzieht bzw. aufgezogen hat, weiß, wie konfliktträchtig die Überwachung der eigenen Kinder und Jugendlichen bei den Hausaufgaben und beim Lernen auf Proben und Schulaufgaben ist. Insofern nimmt die Hausaufgabenbetreuung viel Konfliktpotential aus den Familien heraus. Zugleich werden durch die externe Hausaufgabenbetreuung gerade Kinder und Jugendliche gefördert, bei denen niemand zuhause ist, der sie anleiten und unterstützen kann. Die Zusage der 4.000 Euro bietet dem Verein Planungssicherheit und



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

gewährleistet, dass auch weiterhin Kinder und Jugendliche, deren Umfeld die Kosten nicht aufbringen kann, gefördert werden. Das Angebot, das der Hausaufgabenverein mit viel ehrenamtlichen Engagement und sehr kostengünstig bereitstellt, kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag sei von Kreisrätin Ließ bereits in der Jugendhilfeausschuss-Sitzung am 27.11. gestellt und mit 8 zu 1 Stimmen abgelehnt worden. Der Vorsitzende verliest die Stellungnahme des Jugendamtsleiters: „Mit Schreiben vom 11.10.2007 stellte der Hausaufgabenbetreuungsverein Erding e.V. Antrag auf Bezuschussung. Es wurde beantragt, ab dem Haushaltsjahr 2008 seitens des Landkreises einen

festen jährlichen Zuschuss in Höhe von 4.000 Euro zu zahlen. Die Hausaufgabenbetreuung ist keine Aufgabe der Jugendhilfe. Es besteht somit keine rechtliche Möglichkeit, Mittel dafür in den Haushaltsplan 4 aufzunehmen. Auch wenn diese Hilfen für die Kinder und Jugendlichen an den drei Schulen sehr hilfreich sind, kann dem Antrag nicht entsprochen werden.“

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Hausaufgabenbetreuungsverein eine privatrechtliche Angelegenheit sei und private Dienste angeboten werden können. Eine Förderung im Sinne der staatlichen Jugendhilfe sei nicht möglich. Für schwierige Situationen werde von der Erziehungsberatung über das Laienhilfeprojekt ähnliches angeboten.

Kreisrätin Meister fragt, ob der Zuschussantrag eventuell im Bereich des Haushalts der Schulen untergebracht werden könnte.

Der Vorsitzende betont, der Landkreis sei für den Sachaufwand der landkreiseigenen Schulen zuständig. Die Hausaufgabenbetreuung sei gesetzlich nicht geregelt.

Kreisrat Reingruber denkt, der Landkreis könnte sehr wohl dafür Gelder zur Verfügung stellen. Es war richtig, heute den Antrag zu stellen. Der Antrag kann auch noch im Kreistag gestellt werden.

Nach kurzer Diskussion bringt **der Vorsitzende** den Antrag von Kreisrätin Ließ zur Abstimmung und fragt, wer dem Antrag zustimmt:

Abstimmungsergebnis: **Ablehnung mit 9 : 3 Stimmen.**
((KRin Meister, KRin Ließ, KR Reingruber)

Daraufhin bringt der Vorsitzende folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Kreisrat Reingruber **merkt an**, er stimmt dem Beschluss und der Änderung der Kreisumlage auf 49 % zu, weil eine weitere Diskussion noch im Kreistag möglich sei.

KA/0393-08

Dem Kreistag wird empfohlen, unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen

1. das Investitionsprogramm durch Beschluss festzustellen,
2. den Finanzplan 2007 – 2011 zu genehmigen,



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

3. den Stellenplan 2008 zu genehmigen,
4. die Kreisumlage 2008 mit einem Umlagesatz von **49 %** festzusetzen,
5. den Haushaltsplan 2008 und die Haushaltssatzung 2008 zu verabschieden.

Die in der vorgelegten Zusammenstellung aufgeführten Freiwilligen Leistungen werden unter Berücksichtigung der vorgenommenen Änderungen entsprechend der im Haushaltsentwurf 2008 veranschlagten Höhe bewilligt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 11 : 1 Stimmen.**
(Gegenstimme: KRin Ließ)

5. Initiative "Orte der Vielfalt"

Der Vorsitzende verweist auf den als Tischvorlage verteilten Antrag.

Kreisrat Rübensaal habe angeregt, dass sich der Landkreis im Beschluss eindeutig gegen jede Form von Extremismus aussprechen solle.

Kreisrat Mittermeier stellt fest, in der Begründung des Antrages sei nur auf den Rechtsextremismus Bezug genommen. Ihm wäre es lieber, wenn im Beschlusstext das Wort „Rechts“ gestrichen würde. Sonst müsste die Formulierung im Beschluss „Rechts- und Linksextremismus“ heißen, weil in der Begründung der Linksextremismus überhaupt nicht erwähnt sei. Er schlägt vor, entweder das Wort „rechts“ zu streichen oder den Vorschlag so zu lassen, weil es im Kontext sonst schwer verständlich sei.

Kreisrat Els denkt, wenn diese Aktion speziell gegen den Rechtsextremismus gerichtet sei, sei die Formulierung so in Ordnung.

Kreisrat Becker spricht sich dafür aus, dass sich der Landkreis der Aktion anschließen sollte.

Daraufhin schlägt **der Vorsitzende** folgende Formulierung vor: Der Landkreis Erding spricht sich gegen jede Form des Extremismus sowohl von Links als auch von Rechts aus und unterstützt diese Aktion „Orte der Vielfalt“ und bekundet seine Teilnahme.

Er bringt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0394-08

Der Landkreis Erding spricht sich gegen jede Form des Extremismus sowohl von Links als auch von Rechts aus und unterstützt diese Aktion „Orte der Vielfalt“ und bekundet seine Teilnahme.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

Kreisrat Becker weist darauf hin, dass dieser Antrag nicht auf der Tagesordnung der nächsten Kreistagssitzung steht.

Der Vorsitzende erklärt, eine Behandlung im Kreistag sei auch nicht vorgesehen. Die Zuständigkeit liegt beim Kreisausschuss.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

6. Bekanntgaben und Anfragen

6.1 Internetseite des Landratsamtes

Kreisrat Reingruber merkt an, der neue Internetauftritt des Landkreises im Bereich der Schulen sei immer noch katastrophal. Es seien z.B. Schulen aufgeführt, die es im Landkreis gar nicht gibt. Beim den Gymnasium seien z.B. alle Schulen aufgeführt, inklusive der Moosburger Realschulen. Es stimmt fachlich hinten und vorne nichts. Es wäre sinnvoll, eine Gliederung nach den Schultypen zu haben. Er wünscht dringendst eine Überarbeitung. Er habe bereits in der Sitzung des Kreisausschusses am 08.10. 2007 darauf hingewiesen, es sei aber noch nichts besser geworden, im Gegenteil, das Ganze trage jetzt noch mehr zur Verwirrung bei.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Hinweis und bittet Herrn Fischer, sich um eine deutliche Darstellung zu kümmern.

Weitere Anfragen ergeben sich nicht. Der Vorsitzende beendet die Sitzung des Kreisausschusses um 16.35 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte